

Rudeljagden

- Literatur als Spiegelbild gesellschaftlicher Toleranz ? -

Toleranz für Schriftsteller zu fordern, dürfte auf weitgehende Zustimmung in der Öffentlichkeit stoßen, wenn es nicht gerade um Toleranz geht für Gerhard Löwenthal oder Rainer Zitelmann oder Ernst Nolte. Wer auch für diese Autoren Toleranz fordert, muß heute mit Intoleranz rechnen. Denn allgemein Toleranz der Schriftsteller zu unterstellen, ist nicht sehr vernünftig. Beinahe das Gegenteil ist der Fall. Im Abendland ist gerade die Schriftstellerei ein Ort der wildesten und öfters auch bösartigsten Auseinandersetzungen gewesen. Warum dies inzwischen wieder Gegenstand der Betrachtung sein muß, das ist eine Frage, die ich mir hier gestellt habe.

Nun dürfen Sie von einem Sozialwissenschaftler nicht erwarten, daß er aus der Tiefe seiner Seele - oder was sonst auch immer tief an ihm sein mag - zu solchen Fragen aussagt. Er braucht eine Materialgrundlage. Diese sind zuvörderst drei Auseinandersetzungen der unmittelbaren Gegenwart:

- Die Auseinandersetzungen über die zum Teil erfundene Biographie von Stephan Hermlin,
- der Streit um die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Annemarie Schimmel und
- die Kontroversen im PEN über dessen „Osterweiterung“.

Dabei ist für mich nicht nur Argument und Gegenargument von Bedeutung, sondern mindestens gleichrangig auch die Art und Weise, wie hier gestritten wird, die Mechanismen, mit denen eine zunächst gar nicht als Streitfall mit exemplarischer Bedeutung gedachte Entscheidung oder Publikation zu bitteren Kontroversen eskaliert. Erst nach dieser Beschreibung ist zu fragen, warum es in der Literatur, die doch im Selbstverständnis der von ihr inszenierten Festtage als Vehikel des Friedens betrachtet werden will, zu solchen verbitterten Auseinandersetzungen auf einem Niveau kommt, das dem von weniger gebildeten Lesern entspricht. So kann man diese Auseinandersetzungen nämlich auch se-

hen: als Ausdruck der Volkskultur auf überdurchschnittlicher Sprachebene. Dabei eignen sich alle drei Streitfragen für Interpretationen, weil die Sachverhalte nicht ganz so eindeutig sind, wie sie den Protagonisten erscheinen.

I. Stephan Hermlin und sein Kritiker Karl Corino

Ich darf mit dem ersten und vielleicht am wenigsten gewichtigen Fall beginnen: der Kontroverse um die biographischen Angaben von Stephan Hermlin. Karl Corino hat die Selbstaussagen Hermlins mit Dokumenten verglichen. Als Hermlin mit diesen Nachforschungen vertraut gemacht wurde, insbesondere auch, als er seinen Aufenthalt im Konzentrationslager Sachsenhausen als erfunden zugeben mußte, sagte er: Das war gelogen. Nach jetzigen eigenen Angaben wollte Hermlin 1946 mit dieser Lüge Vorteile bei den amerikanischen Besatzungsbehörden erreichen. Auch andere Angaben in seinem Lebenslauf in den „Kämpfen dieser Zeit“ stimmten nicht. Hermlin war kein Spanien-Kämpfer. Mit den beiden Erfindungen Spanien-Kämpfer und Insasse in Sachsenhausen gab sich Hermlin den Anschein eines heroischen Widerstandskämpfers gegen den NS-Staat. Hinzu kommen Unwahrheiten, die auf Eitelkeit schließen lassen, auf ein gebrochenes Verhältnis zur eigenen Biographie. Hermlin kommt nicht - wie er erklärte - aus großbürgerlichem Milieu und hat kein Abitur abgelegt.

Der Fall ist also eindeutig - oder vielleicht doch nicht ganz. Hermlin war in der Herrschaftszeit des NS-Regimes gefährdet - obwohl er bürgerlich heiraten konnte - und wurde in Frankreich in einem Lager interniert. Er hat sich größer, schöner und vor allem eindeutiger zurecht geschminkt, als es der Wahrheit entsprach, und eben das wird von seinen Apologeten, die in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu Wort kamen, verteidigt. Das einfache Zugeständnis, gelogen zu haben, stelle die Ehre eines Mannes wieder her.¹ Dichterische Freiheit entschuldigt Lügen. Es gibt, sagte einmal der Dichter Aragon, ein wahres Lügen', so verteidigte Hermlin sich.² So sieht das auch Lew Kopelew im Fall der biographischen Angaben von Hermlin: „In der Autobiographie hat man doch das Recht auf Phantasie“.³

¹ FAZ: „Hermlins Wahrheit“, 8.10.1996, S. 37

² „Des Dichter 'wahre Lügen'“, SPIEGEL Gespräch, DER SPIEGEL, 41/96, S. 259

³ „Und diese Generals-Visagen“. Kölner Stadt-Anzeiger, 26./27.10.1996, S. 37

Nun gibt es Beispiele für gelungene Verbindung von biographischen Vorkommnissen und dichterischen Hinzuerfindungen, die dann als Gesamteindruck mehr aussagen als eine bloß bürokratisch wiedergegebene und in den Einzelheiten korrekte Biographie. Das Buch von Alfons Silbermann über Jacques Offenbach erscheint mir ein besonders gelungenes Beispiel einer solchen Darstellung, die man nicht in erster Linie dokumentarisch lesen sollte, aber dennoch als Wiedergabe eines Gegenstandes - hier des Lebens und Wirkens eines Musikers - in seiner sachlichen Angemessenheit würdigen darf. Aber so wie bei Silbermann steht es nicht im Fall Hermlin, der nach eigenem Einräumen hier keine Art von poetischer Wahrheit ausdrücken wollte, sondern Sachverhalte erfand, um persönliche Vorteile zu erlangen.

Bemerkenswert an der Reaktion auf diesen Fall Corino/Hermlin ist die Tendenz der Verteidiger von Hermlin, die Angriffe auf ihn als „politically not correct“ zu qualifizieren. In der Umkehrung der Angriffe wird nicht nur suggeriert, wer Hermlin beschuldige, lasse den Respekt vor der Qualität von Literatur vermissen und sei zudem in seiner antifaschistischen Gesinnung fraglich. Beide Argumentationslinien sind Verlust von Maßstäben. Zur Diskussion steht hier nicht die Qualität der schriftstellerischen Arbeiten von Hermlin, sondern die Angemessenheit der Imagepflege, die der Autor mit seinen literarischen Erzeugnissen versuchte.

Menschlich mag durchaus verständlich sein, daß Hermlin mit einer bürgerlichen Gesellschaft Probleme hat. Das teilt er mit vielen anderen gebildeten Juden seiner Generation. Man darf angesichts dieser Widersprüchlichkeit im Leben eines Schriftstellers diesen selbstverständlich kritisieren. Zum Fall wird der Streit um die Bewertung erst, wenn Hermlin gegen jede Kritik immunisiert und seine Kritiker eben wegen der bloßen Tatsache der Kritik angegriffen werden. Die Hermlin-Biographin Silvia Schlenstedt warf beispielsweise Corino vor, den „deutsch-deutschen Literaturstreit auf einer neuen Ebene“ zu betreiben. Es werde nach der Stasi-Debatte versucht, „einen Mann mit großem Ansehen und literarischer Wirkung zu demontieren“.⁴ Diese Intoleranz ist für mich das wichtigste an diesem Literaten-Streit.

An dem Interview, das Hermlin im „Spiegel“ abdrucken ließ,⁵ ist offensichtlich, daß der Autor fragwürdig ist. Beispiel: Den Vergleich seiner Erzählungen, insbesondere dem Buch „Abendlicht“, mit den Daten über sein eigenes Leben

⁴ „Schwere Kämpfe“. DER SPIEGEL, 41/96, S.256

⁵ op. cit. S. 257 ff.

nennt er eine „unseriöse Methode“; und die Lüge, er sei im KZ Sachsenhausen gewesen, verschlimmert er mit zwei weiteren Aussagen in diesem Interview. Auf die Frage: „...waren Sie jemals in einem deutschen Konzentrationslager?“ antwortete er: „Nein. Ich war nur in mehreren französischen Lagern“, und auf die weitere Frage, warum er in dem Fragebogen der Amerikaner gelogen hatte, heißt es in der Antwort: „Um zu überleben, mußte ich mich damals mehr als einmal verstellen“. Damals, als er den Fragebogen ausfüllte, schrieben wir das Jahr 1946, und niemand bedrohte Hermlin in der amerikanischen Besatzungszone in seinem Wunsch zu überleben - im Gegenteil flüchteten bekanntlich immer mehr Menschen aus der sowjetisch besetzten Zone in den amerikanisch besetzten Teil Deutschlands. Wie uneinsichtig er als Kommunist nach wie vor geblieben ist, erweist sich an der Behauptung: „Die Erinnerung an den konsequenten Kampf der Kommunisten gegen Hitler hat mich später vieles ertragen lassen“, und vorher, die KPD sei 1938 die einzige Partei gewesen, die dazu aufgerufen habe, den Juden zu helfen. Warum schweigen Sozialdemokraten zu einem solchen falschen Monopolanspruch? Kein Wort zur Judenverfolgung unter Stalin?

Diese Haftung von Hermlin, das Nebeneinander einer Selbstheroisierung mit falschen Behauptungen und der völlige Mangel an Selbstkritik, ist exemplarisch für eine ganze Reihe von Autoren seines Alters und seiner Herkunft, die Kommunisten wurden. Ein wenig Verständnis könnte man dafür aufbringen, müßten andernfalls die Autoren sich doch selbst eingestehen, daß sie ein Leben lang einer irrigen Ansicht angehangen haben. Warum sollen sich Literaten hier weniger sperren gegen ein Eingeständnis, und warum sollten sie ein geringeres Maß an Blindheit haben, als es so viele ehemalige Nationalsozialisten bei uns an den Tag legten? Das Niveau an Schriftstellerei sagt eben zunächst nichts aus über das Niveau als Mensch - in der Literatur ebenso wenig wie in der Wissenschaft oder der Wirtschaft. Nur für wirkliche Top-Leistungen mag diese Trennung von Werk und Person nicht gelten. Das Werk kann aber in keinem Fall eine Freistellung des Autors als Mitmensch, Mitbürger begründen - nicht in einer Demokratie.

II. Die Hexenjagd auf Annemarie Schimmel

Am 12. April 1995 beschloß der Stiftungsrat des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, den Friedenspreis für das Jahr 1995 an die emeritierte Professorin für Islamwissenschaft, Annemarie Schimmel, zu verleihen. In der Begründung wurde ausgeführt, Annemarie Schimmels Lebenswerk gelte der Kenntnis

und dem Verständnis des Islam. „Ihr Denken spürt jener für den Frieden unter den Völkern heute entscheidenden Möglichkeit der Synthese von Islam und Moderne nach, welche die Differenzierung der Werte aus dem Inneren des Islam selbst zu gewinnen sucht. Inmitten erschreckender Signale des religiösen Fanatismus versteht der Stiftungsrat die Auszeichnung Annemarie Schimmels als ein ... Zeichen für Duldung, Poesie und Denkkultur, welche die Formen des Andersseins achtet“.⁶

Frau Schimmel ist hoch angesehen als Kennerin der Literatur und insbesondere religiöser Schriften im Islam sowie als Übersetzerin aus dem Persischen, dem Arabischen, dem Urdu und dem Türkischen. Sie war Professorin in Marburg, Ankara, Bonn und Harvard und ist heute noch begehrte Gastdozentin. Dabei hat Frau Schimmel ein besonders enges Verhältnis zu einem Teil des Islam, dem Sufi-Mystizismus. Dies ist eine asketische Variante einer exstatischen Religiosität, zu der auch eine Bereitschaft zum Märtyrertod gehört, da man durch einen solchen Tod Gott nahe sei.

An die Verleihung des Preises an Frau Schimmel knüpften sich sofort Spekulationen. Die Preisträgerin war verschieden von den bisher mit dem Preis Geehrten. Werden die Verdienste der Preisträger ab 1984 miteinander verglichen, so werden zwei Leitmotive erkennbar: Die Preisträger sind Menschen, die aktiv für die Aussöhnung zwischen Christen und Juden sowie Deutschen und Juden ebenso wie zwischen Deutschen und Polen eintreten - ergänzt um einige wenige andere Themen. Sehr oft sind es politisch wirkende Personen, viel öfters als reine Literaten, und nicht wenige von ihnen waren „bekehrte“ Kommunisten, die seither für Freiheit und Menschenrechte eintraten. Mit all dem haben nun Annemarie Schimmel und ihr Mystizismus sehr wenig zu tun. Wollte man etwa in Abweichung von bisherigen Bevorzungen einen Preisträger aus der romantischen Variante deutscher Hermeneutik wählen, eine Figur des geistigen Lebens, welche die die Eigenheiten der „westlichen Kultur“ relativiert? Oder konnte man die Wahl von Annemarie Schimmel deuten als Eintreten des Stiftungsrates für eine religiöse Lebensweise im Gegensatz zum Zeitgeist des alles relativierenden Säkularismus? Es gab noch eine weitere Variante, der aber vom Büro des Bundespräsidenten sofort widersprochen wurde: Annemarie Schimmel hatte Bundespräsident Roman Herzog bei dessen offiziellem Besuch in Pakistan begleitet. Er sei von daher ihr Fürsprecher als eines Signals an die islamische Welt, daß Deutschland nicht Teil einer Verteufelung dieses Kulturkrei-

⁶ Die offizielle Begründung. In „Die Zeit“, 12.5.1995

ses sein wolle. Was immer zur Preisentscheidung führte: Die Preisträgerin wirkte fremd.

Das alles wurde aber nicht weiter Gegenstand von Erörterungen, weil es von einem anderen Vorkommnis zugedeckt wurde. Anlässlich ihrer Nominierung für den Friedenspreis wurde am 4. Mai Frau Schimmel in den ARD-Tagesthemen nach ihrer Einschätzung des Todesurteils gegen Salman Rushdie gefragt. „Eine Morddrohung ist natürlich immer etwas Gräßliches“, erklärte Frau Schimmel und fuhr dann fort, daß Salman Rushdie allerdings die Gefühle der gläubigen Muslime in sehr übler Art verletzt habe. Sie selbst habe erwachsene Männer weinen sehen, als sie von dem Inhalt des Werkes von Rushdie „Satanische Verse“ erfuhren. Sofort gab es eine entschiedene Kritik dieser Äußerung. So verwies der Orientalist Gernot Rotter darauf, daß ein Weinen irgendwelcher Muslime kein Rechtfertigungsgrund für den Mordbefehl sein könne. „Es ist beschämend, daß zwar Ayatollah Gandjeih wie auch viele andere muslimische Intellektuelle den Mut hatte und hat, die Fetwa gegen Rushdie schärfstens zu verurteilen, während sich eine der renommiertesten - nicht-muslimischen - Orientalistinnen bemüßigt fühlt, mit weinenden Muslimen um Verständnis dafür zu werben.“⁷

Der Schriftsteller Bazon Brock beanstandete, daß sich Frau Schimmel nicht von dem Rechtsverständnis der Ayatollahs distanzieren.⁸ Im fundamentalistischen Islam gibt es keine höchsten weltlichen Rechtsinstanzen; hier ist Recht und religiöses Gebot so wenig getrennt, wie das zeitweise im christlichen frühen Mittelalter galt. Tatsächlich ist in den weiteren Stellungnahmen von Frau Schimmel, und auch in einem Spiegel-Interview mit ihr, nicht ersichtlich, daß sie die formale Rechtmäßigkeit des Todesurteils anzweifelt, wenngleich sie den Mordbefehl dann anschließend eindeutiger kritisierte: Er habe dem Ansehen des Islam Schaden zugefügt. Auch der PEN nahm selbstverständlich Stellung, sprach aber Frau Schimmel zunächst das Recht zur Kritik an den „Satanischen Versen“ zu, sofern sie nicht aus dieser Kritik die Berechtigung für das Todesurteil ableite.

Eben dies wurde dann behauptet in einer nachgeschobenen eidesstaatlichen Erklärung eines Buchhändlers über eine Äußerung von Frau Schimmel in einem informellen Rahmen. Bis heute aber kann man erwiesenermaßen nur darüber streiten, ob die Distanzierung von Frau Schimmel von diesem Todesurteil die

⁷ Gernot Rotter: „Das Weinen der Muslime“. Die Zeit, 12.5.1996

⁸ „Martyrium“. Frankfurter Rundschau, 13.5.1996

erwünschte Eindeutigkeit erkennen ließ. Andres Isenschmid erkannte in dieser Wendung der öffentlichen Diskussion einen Morbus teutonicus univocalis novus - eine neudeutsche Eindeutigkeitssucht. „Sie ist verwandt mit der Hysterie, und eines ihrer Symptome ist zwanghaftes Hexenjagen“. Isenschmid verwies dabei auf den öffentlichen Streit im Jahre 1990 über Christa Wolfs Erzählung „Was bleibt?“⁹

Aber dann ging es auch gar nicht mehr darum, sondern jetzt ging es um den geballten Protest von mehr als 75 Personen des öffentlichen kulturellen Diskurses dieser Bundesrepublik. In einem Offenen Brief wurde Bundespräsident Herzog aufgefordert, seine Zusage zurückzuziehen, den Friedenspreis in diesem Jahr an Frau Schimmel zu überreichen. Diese toleriere Menschenrechtsverletzungen in den totalitären islamischen Gottesstaaten und äußere Verständnis für Todesurteile gegen Schriftsteller. Unterschrieben wurde dieser Brief unter anderen von der Präsidentin des PEN, Ingrid Bachér, Jürgen Flimm, Ralph Giordano, Günter Grass, Jürgen Habermas, Peter Härtling, Dieter Hilbrandt, Taslima Nasrin bis hin zu Carola Stern, Günter Wallraff, Johannes Mario Simmel, Dieter Wellershoff und Peter Zadek. Ferner hatte eine ganze Anzahl von Verlagen als Institutionen sich mit diesem Offenen Brief identifiziert.¹⁰

Seit dem Beschluß, einen Friedenspreis an Frau Schimmel zu übergeben, war viel gelesen worden. Bereits 1989 habe sich Frau Schimmel - so der Offene Brief - erstaunt über die Empörung wegen der Fetwa gegen Rushdie geäußert. Als Begründung zitieren die Schreiber des Briefes das Buch von Frau Schimmel „Und Muhammad ist sein Prophet. Die Verehrung des Propheten in der islamischen Frömmigkeit“: „Beleidigung des Propheten ist seit Jahrhunderten nach den meisten islamischen Rechtsschulen ein todeswürdiges Verbrechen“. 1990 habe die Autorin in ihrer „Einführung in den Islam“ im letzten Kapitel für den Fundamentalismus geworben, einschließlich der Glaubenspraxis im Iran der Ayatollah. Ein Murad Hofmann - der zum Islam konvertierte Ex-Botschafter der Bundesrepublik in Marokko - warb in seinem Buch „Der Islam als Alternative“ um Verständnis für Polygamie und Prügelstrafe für Frauen - Frau Schimmel habe zu diesem Buch ein werbendes Vorwort geschrieben. In der Talkshow der ARD „Talk täglich“ erklärte Frau Schimmel 1992 gegen Rushdie: „Es gibt einfach religiöse Werte, die man nicht ungestraft angreifen

⁹ „Hexenjagd und Eindeutigkeits-Sucht“, Weltwoche, 14.9.1995

¹⁰ „Gegen Preisvergabe an Schimmel“ Kölner Stadt-Anzeiger, 6.9.1995

sollte“.¹¹ Ersichtlich hatten die Unterschreiber des Briefes die vielen Monate benutzt, um fleißig lesen zu lassen - auch wenn im Offenen Brief letztlich ein anderer Vorwurf als zuerst dominant ist. Das ist: Frau Schimmel vertritt nicht offensiv ein europäisches Menschenrechtsverständnis und die Werte einer säkularen Gesellschaft.

Inzwischen hatte auch die Leitung des PEN öffentlich erklärt, sie wolle sich an einer Initiative beteiligen, um die Verleihung des Friedenspreises an Annemane Schimmel zu verhindern. Der PEN tadelte: „Auch angesichts der gegen sie erhobenen berechtigten Kritik sei sie bedauerlicherweise nicht bereit, auf den Preis zu verzichten“.¹² Auf diesen öffentlichen Tadel hin fand es dann der Stiftungsrat des Preises notwendig, noch einmal zu seiner Entscheidung vom 12. April Stellung zu nehmen. Mit Ausnahme des eher linken Germanisten Peter Wapnewski (bezeichnenderweise Vizepräsident der Goethe-Institute) bekräftigte der Rat seinen damaligen Beschluß. Zu denen, die mit dieser Entscheidung die Kritik an Annemarie Schimmel zurückwiesen, gehörten politisch so unterschiedlich angesiedelte Stiftungsratsmitglieder wie Eberhard Jäckel und Siegfried Unseld.¹³ Der Vorsteher des Verbandes, Gerhard Kurtze, berief sich auf die Freiheit des Wortes. Der Stiftungsrat sei von Verlegern und Buchhändlern demokratisch gewählt worden. „Sie haben dieses Mandat nicht mit Einschränkungen versehen. Es gehört in der repräsentativen Demokratie zum Ehrenkodex, auch unbequeme Entscheidungen zu akzeptieren“.¹⁴

Dann wurde der Friedenspreis tatsächlich von Roman Herzog in einem ungestörten Festakt übergeben. Inzwischen ist der Vorgang weitgehend vergessen. Das sollte er aber nicht. Ich selbst bin zwar der Ansicht, daß angesichts der bisherigen Preisträger die Entscheidung für Annemarie Schimmel problematisch war - aber aus anderen als den 95er Gründen. Es hat auch in der Vergangenheit Entscheidungen für den Friedenspreis gegeben, die problematisch waren. Dazu gehört vor allem die Verleihung des Friedenspreises 1980 an Ernesto Cardenal, Kulturminister der Sandinisten in Nicaragua. Er soll immerhin in politisch motivierte Gewalttaten heftigst verwickelt gewesen sein. Das aber hat unseren bundesrepublikanischen Protestchor nicht sonderlich umgetrieben, dagegen aber die Verleihung des Friedenspreises an Manes Sperber. Angesichts der so-

¹¹ „Friedenspreis nicht übergeben!“. Frankfurter Rundschau, 6.9.1996

¹² „PEN will Verleihung an Schimmel verhindern“. Frankfurter Rundschau, 2.9.1995

¹³ „Votum des ‘Elferrats’ mit Schönheitsfehler“. Kölner Stadt-Anzeiger, 19.9.1995

¹⁴ „Börsenverein bittet Entscheidung mitzutragen“. Süddeutsche Zeitung, 5.10.1995

wjetischen Rüstung hatte dieser sich für die Nachrüstung ausgesprochen und vor einer falsch verstandenen Entspannungspolitik gewarnt. Das hatte den Kommunisten Bernt Engelmann, damals VS-Vorsitzender, zu völlig überzogenen Ausbrüchen veranlaßt, was dann selbst linken Schriftstellern zuviel wurde, die Engelmann zwangen, von seinem Posten zurückzutreten. Eine noch heftigere Kritik von linker Seite gab es 1968, als der Staatspräsident des Senegal, Leopold Sedar Senghor, den Friedenspreis erhielt. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nannte ihn einen „Studentenmörder“ und lieferte der Polizei eine Straßenschlacht.¹⁵

Stellt man die Kritik an Annemarie Schimmel in diese Reihe von Konflikten und wird die Zusammensetzung des Protestiererkreises bedacht, so ist die heftige Kritik an Frau Schimmel ein Ausdruck des Standards der neunziger Jahre, der Political Correctness im Sinne der linken Kulturkritik. Das gilt nicht zuletzt für die Aufforderungen, die Preisverleihung rückgängig zu machen, obwohl die Entscheidung korrekt zustande kam und in ihrer Begründung auch durchaus Argumente enthielt - auch wenn mir diese als Aussage über die Realität einer Synthese von Islam und Moderne stellenweise abwegig scheint.

An den Auffassungen von Frau Schimmel gibt es nach meinen Vorstellungen durchaus nachhaltige Kritik. Es fehlt bei ihr jegliches Verständnis für die historische Begrenztheit der von ihr wegen der Innerlichkeit so geschätzten Formen von Fundamentalismus. Die Scharia ist ein Rückfall in eine barbarische Vergangenheit und insbesondere auch das Institut der Fetwa. Letzteres kannten wir ja auch im Christentum, wenn gegen Menschen ein Bann ausgesprochen wurde. Dieser Mensch war dann vogelfrei, wie es Rushdie ist. Für ein solches Institut wie die Fetwa braucht man keine religiösen Vorstellungen zu bemühen. Es handelt sich einfach um Reaktionen auf ein Verhalten, das als Rechtsbruch gedeutet wird, die für einen schwachen Staat charakteristisch sind. Wenn Staatlichkeit schwach ausgebildet ist und zugleich der Anspruch auf Gewaltmonopol als Kern von Staatlichkeit erhoben wird, dann haben Rechtsurteile vorrangig den Zweck abzuschrecken. Bürger sind dann aufgefordert, Urteile zu vollstrecken, die staatliche Instanzen auszuführen nicht imstande sind. Für die Deutung der Fetwa ist nicht Mystik vonnöten und das Weinen von Männern kein Argument. All dies ist bloßer Gefühlsnebel vor einem Mechanismus beim Durchsetzen von Normen.

¹⁵ Kölner Stadt-Anzeiger, 19.9.1996, op. cit., siehe auch: „Deutungen“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.5.1996; „Der Friedenskrieg“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.9.1996

Für einen Sozialwissenschaftler ist die Art, wie Frau Schimmel sich mit Institutionen des Islam identifiziert, nicht nachvollziehbar. Andererseits steht sie in der Tradition der deutschen Innerlichkeit und der deutschen Hermeneutik, und so etwas muß von mir hingenommen werden, auch wenn ich das weder intellektuell noch emotional teile. In Erinnerung an die Kreuzzüge gegen die Bevölkerungswissenschaftlerin Höhn und gegen den früheren Bundestagspräsidenten Jenninger wird das Strickmuster für das Gewebe an anmutungsreichen, aber nebulösen Vorwürfen deutlich. Bei Frau Höhn und bei Jenninger wurde den Gejagten Aussagen unterstellt, die sie nicht geäußert hatten. Wurde das nachweisbar, dann wurde nach dem Muster reagiert: Hat er nicht gesagt, hat er doch gemeint. Und in beiden Fällen reichte dies, die Gejagten publizistisch hinzurichten.

Es gibt auch Parallelen zwischen den Fällen Schimmel und Heitmann. Dem vormaligen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten konnte man zunächst nur seine Abneigungen entgegenbringen, aber keine Argumente. Diese wurden nach eifrigem Lesen in der Vergangenheit von Heitmann dann nachgeschoben. Und wie bei Frau Schimmel reduzierte sich das auch bei Heitmann auf den Vorwurf, altmodische Werte hochzuhalten. Am Verhalten des Chors von Jägern wird ersichtlich: Altmodische Werte zu haben, ist schon schlimm genug, aber dafür geehrt zu werden ist unerträglich, weil es die eigene Macht über den „Luftraum Bundesrepublik“ in Frage stellen könnte.

Der Fall des Schriftstellers Martin Walser ist eine weiteres Exempel von Zensur durch ein Unterschreiber-Kollektiv. Es wird hier nicht weiter behandelt, weil der Gruppenjagd-Vorgang noch nicht abschließend beurteilt werden kann.

III. Von einer Schriftstellervereinigung zu einem Club der Studenten-Querelen

In einer Drei-SAT-Sendung „Kulturzeit“ bezeichnet vor einiger Zeit Hendryk M. Broder die PEN-Zentren Ost und West als „eine Art Kindergarten für alte Männer“ und als „Selbstversorgungsorganisationen“. Er zweifelte am Sinn des Versuchs, diese PEN-Zentren weiter am Leben zu erhalten. Es sei anständig und überfällig, sie aufzulösen. Broder begründete die Möglichkeit der Auflösung damit, daß die Hauptarbeitsgebiete des PEN inzwischen von anderen Or-

ganisationen bearbeitet werden. Die PEN-Sektion „Writers in Prison“ könnte auch ohne den Überbau eines PEN-Zentrums arbeiten.¹⁶

Der betreffende Vorsitzende dieser Sektion des PEN-Zentrums West war übrigens vor einigen Monaten zurückgetreten.

Praktisch zeitgleich hat die Vorsitzende des PEN-West - nach der FAZ „ein Verein zur Beförderung fruchtloser Debatten ungeklärter Verfahrensfragen“ - Ingrid Bachér, den Rücktritt der Mehrzahl des bisherigen Vorstandes angekündigt.¹⁷

Das wurde der aktuelle Stand des Niedergangs einer Schriftstellervereinigung, die in früheren Jahrzehnten eine hohe moralische Autorität ausüben konnte. Der PEN war 1949 in Deutschland wiedergegründet worden, spaltete sich aber bereits 1951, als die DDR die Teilung Deutschlands vertiefte. Nach dem Zusammenbruch der DDR wurde auch der Wunsch laut, ein gesamtdeutsches PEN zu haben - eine Entwicklung, die vom Internationalen PEN als selbstverständlich verstanden wurde. Nun gibt es seit vielen Jahren ein Hin und Her über die Modalitäten eines Zusammenschlusses, was zunächst nur zur Existenz-Gefährdung des PEN-Zentrums West führte. „Der Ost-PEN ist die letzte greifbare Institution aus der DDR“, schrieb Helmut Böttiger in der Frankfurter Rundschau.¹⁸

Der West-PEN hatte den Mitgliedern des PEN-Zentrums Ost ursprünglich vorgeschlagen, sie sollten sich einzeln um Aufnahme in das PEN-Zentrum West bemühen, das sich damit zum gesamtdeutschen PEN-Zentrum ausgeweitet hätte. Gegenwärtig gibt es 500 Mitglieder im PEN-Zentrum West und 150 im PEN-Zentrum Ost. Nicht alle Mitglieder des PEN-Zentrums Ost wären bei einer Einzelprüfung dieser Anträge auch tatsächlich aufgenommen worden, weil die Verbindungen zur Stasi und zum KGB nach der Charta des Internationalen PEN eine Aufnahme dann nicht erlaubt hätten.

Diese Einzelprüfung aber scheuten selbstverständlich diejenigen Mitglieder des PEN Zentrums Ost, die eine Stasi-Vergangenheit haben. Das waren nach Untersuchung von Joachim Walther nicht eben wenige. Dann erschien das Ergebnis seiner jahrelangen Auswertungen der Gauck-Akten: „Sicherungsbereich

¹⁶ Hendryk M. Broder: „PEN-Clubs haben keinen Sinn mehr“. Kölnische Rundschau, 18.10.1996

¹⁷ „Verfahren“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.10.1996

¹⁸ Helmut Böttiger: „Neues vom Familienkrieg“. Frankfurter Rundschau, 22.1.1996

Literatur“ beim Christoph Links Verlag.¹⁹ Die DDR-Literaturszene war nach einem Bericht des Spiegel ab Mitte der siebziger Jahre ein Schwerpunkt der Stasi-Arbeit. Zeitweise seien hierfür mehr als 1.500 sogenannte Informelle Mitarbeiter mit der Überwachung der Schriftsteller beschäftigt gewesen. Teilweise war der Auftrag Personen-, „Zersetzung“.²⁰

Um die Vereinigung dennoch voranzubringen, war dem Ost-PEN bedeutet worden, der West-PEN sei nicht mehr grundsätzlich gegen eine Vereinigung beider Kollektive. Dann aber müsse der Ost-PEN sich erst selbst evaluieren. Die dort einflußreichsten Personen wollten über eine solche Evaluierung aber nur dann sprechen, wenn keine Auswertung der Gauck-Akten erfolge.

Das war der Stand, bevor mit dem PEN-Kongreß im Mai 1995 in Mainz der Anfang vom drohenden Ende des West-PEN eingeleitet wurde. Dabei hatte diese PEN-Tagung recht normal begonnen. Es gab einen Bericht von Gerhard Schoenberger, dem Beauftragten des westdeutschen PEN-Zentrums für „Writers in Prison“. Schoenberger hatte viel Trauriges zu berichten: In 119 Ländern würden Schriftsteller und Journalisten verfolgt. Derzeit säßen 369 von ihnen aus politischen Gründen in Gefängnissen, 39 Personen erhielten Todesdrohungen, 42 wären überfallen, 86 getötet und allein im Jahre 1994 38 verschleppt worden. „Writers in Prison“ ist eine besonders wichtige Einrichtung - eine, deren Sacharbeit die Existenz des PEN mitbegründet.²¹

Das aber wirkte nicht aufwühlend, wohl aber das Vereinsmeierei-Thema Zusammenschluß des Ost- und des West-PEN. Uwe Wesel, der auf dieser Tagung noch gehofft hatte, neuer Generalsekretär des PEN zu werden, empfahl den Verzicht auf Prüfung einer Zusammenarbeit mit der Stasi, weil man die Täter sanft in die Gesellschaft integrieren sollte, ganz so wie angeblich seinerzeit unter Adenauer die Nazi-Täter. Daß er selbst SED-Funktionäre und -Anhänger mit Nazis moralisch gleichgesetzt hat, dürfte der 68er Wesel in der Erregtheit der Diskussion übersehen haben.

Margarete Hannsmann „schwärmte von der schönen Zeit, als es die DDR noch gab und die Gesinnungsfreunde miteinander auf der grünen Wiese saßen; sie sprach von der Kampagne einer Handvoll Dissidenten, die ja doch nur Rache wollten, und bezichtigte Reiner Kunze endlich des Opportunismus, weil er sich

¹⁹ Elke Schmitter: „Asche zu Staub“. Die Zeit, 27.9.1996

²⁰ „Die Firma schreibt vor und mit“. DER SPIEGEL, 40/1996, S.265 ff.

²¹ „Künftig auch auf persisch“. Neue Züricher Zeitung, 22.5.1995

ans westliche System angepaßt habe“.²² Harry Pross fand, die internationale Situation sei sehr traurig und verlange Solidarität der Schriftsteller statt „deutsche Zänkereien“. Gewollt war von beiden in Wirklichkeit eine bedingungslose Kollektiv-Vereinigung.

Dann hielt Yaak Karsunke mit einem eigenen Antrag dagegen. Das Ost-PEN wurde aufgefordert, die Internationale PEN-Charta durchzusetzen; solange das unterbliebe und keine konsequente Aufarbeitung von Stasi- und KGB-Verwicklungen erfolge, sei auf institutioneller Ebene eine Zusammenarbeit unmöglich.²³

Es kam dann doch noch nicht zur Abstimmung, weil die anwesenden weniger als hundert stimmberechtigten Mitglieder sich erst mit Annemane Schimmel befassen mußten. Mit großer Mehrheit wurde ein sehr scharfer Antrag von Günter Wallraff angenommen, und als er angenommen war, gleich wieder in Frage gestellt.²⁴ So war das bei den 68er-Funktionären der sogenannten Studentenrevolte, und so ist das heute noch bei linken Literaten.

Unter Schriftstellern geht es umständlich zu, und ganz besonders, wenn man Versammlungstätigkeit in der Studentenrevolte und den anschließenden Mitbestimmungsgremien bei Hochschulen lernte. Mikrophone spielten nicht mit, Geschäftsordnungsanträge verzögerten den Ablauf. Einer der Anwesenden sprach folgerichtig vom „Kindergarten“.

Inzwischen hatte Ingrid Bachér die Seiten gewechselt, befürwortete den Antrag von Karsunke, und der wurde dann mit 51 : 30 Stimmen angenommen; es gab drei Enthaltungen.²⁵ Der alte Vorstand trat wegen des Sieges einer Richtung, die er nicht mochte, nämlich zuerst keine Vereinigung mit dem Ost-PEN anzustreben, mit Gerd Heidenreich an der Spitze geschlossen zurück - ein nur strategischer Rückzug zwecks Handlungsfreiheit. So kam Ingrid Bachér zum Präsidentenamt und der ehemalige Generalsekretär der Westberliner Akademie der Wissenschaften, Manfred Schlösser, zum Amt des Generalsekretärs. Die Dame, die sich irreführender Weise (Lea war der Vorname einer Gattin Abrahams) Lea Rosh nennt, ließ sich ebenso in den Vorstand wählen wie Ralph Giordano

²² Hannes Stein: „Wedeln mit der Charta“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.5.1995

²³ Wolf Scheller: „Eine Vereinigung, die auf sich warten läßt“. Tagesspiegel, 22.5.1996

²⁴ Jürgen Berger: „Klub der empfindsamen Seelen“. TAZ, 22.5.1995

²⁵ Iris Radisch: „Wieviel Moral braucht der Mensch?“. Die Zeit, 26.5.1996; „Eine Vereinigung, die auf sich warten läßt“, op. cit.

und Urs Jaeggi.²⁶ Diese Schriftsteller sind alles andere als anti-links, so daß es falsch wäre, den Rücktritt des alten und die Neuwahl eines neuen Vorstandes mit völlig anderen Personen als einen Machtwechsel weg von links hin zu rechts zu deuten. Es wurden eher DDR-Freunde gegen linke DDR-Kritiker ausgetauscht. Mit Literatur hat das nichts zu tun, wohl aber mit Taktik in Grabenkämpfen des Vereinslebens.

Die Neuwahl des Vorstandes, die Resolution gegen eine vorbehaltlose Aufnahme des Ost-PEN, waren entsprechend keine Entscheidungen, die für die neue Amtszeit die Verbandspolitik geklärt hätten. Sofort wurden Gegenaktionen von den DDR-Freunden organisiert, allen voran vom Collagen-Agitator Klaus Staack. 62 Autoren des PEN-Zentrums West traten en block dem Ost-PEN bei, ohne das West-PEN zu verlassen. Zu Zeiten der Studentenpolitik hieß dies „Doppelstrategie“. Man blieb in der eigenen Partei als Agent des Gegners und bezog aus der Mitgliedschaft beim Gegner organisatorische Stütze. Beileibe nicht nur linke DDR-Freunde waren jetzt Doppelmitglieder, sondern auch die blauäugigen „nützlichen Idioten der Kader-Linken“ wie in diesem Fall Marion Gräfin Dönhoff, Hildegard Hamm-Brücher, Friedrich Schorlemmer, Johannes Mario Simmel und Ulrich Wickert. Daß Walter Jens und Dorothee Sölle in eine solche Aktion paßten, versteht sich von selber.²⁷

Zugleich gab es publizistisches Flächenfeuer durch den Ost-PEN. Der Generalsekretär des ostdeutschen PEN, Jochen Laabs, sah in dem Beschluß, sein PEN möge Stasi-Fälle aufarbeiten, einen „Rückfall in den Kalten Krieg“, eine „Hallstein-Doktrin“. Durch den Beschluß sei der „Ost-PEN zu weiteren Jahren auf Bewährung“ verurteilt worden.²⁸ Der Ost-PEN fragte, warum der West-PEN sich „anschließt an die Meinung einer kleinen Gruppe von Dissidenten“²⁹ - offensichtlich nach seiner Meinung als Kreis kleiner als die Stasi-Freunde unter den organisierten Literaten. Christa Wolf, selbst Stasi-belastet, warf Joachim Walther vor, daß er mit seinen Untersuchungen über politisches Verhalten während der SED-Zeit literarische Existenzen zerstöre.³⁰

²⁶ Jürgen Berger: „Wildes Schattenboxen im Kindergarten: Die Jahrestagung der beiden deutschen PEN-Zentren in Mainz“. TAZ, 22.5.1996; „Wieviel Moral braucht der Mensch?“ Die Zeit, op. cit.

²⁷ „62 West-Autoren als Mitglieder in Ost-PEN“ und „Kläranlage“. Tagesspiegel, 31.5.1996

²⁸ „Kalter Krieg“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.5.1996

²⁹ „Vereintes Schweigen“. Die Zeit, 2.6.1996

³⁰ Karl Corino: „Nachhilfe für die Osis?“ Neue Züricher Zeitung, 2.6.1996

Zwischenzeitlich hatte der Ost-PEN einen „Ehrenrat“ zur Aufarbeitung der Vergangenheit eingerichtet. Dessen Vorsitzender Thomas Reschke behauptete auf der Jahrestagung PEN-Ost im Januar 1996, das Thema Stasi im PEN und die Vergangenheitserklärung seien abgeschlossen. Den westlichen Schriftstellern, die eine weitere Aufarbeitung verlangten, warf er vor, daß sie diffamierten, statt sich zu informieren.³¹

Ingrid Bachér empfahl die Flucht nach vorn, indem sie versprach, auf der Jahrestagung des West-PEN in Heidelberg im Mai 1996 einen Antrag einzubringen. Hiernach sollten alle PEN-Mitglieder schriftlich nach ihrem Wunsch zur Vereinigung beider Zentren befragt werden. Inzwischen hatte die Zahl der Doppelmitgliedschaften westdeutscher Autoren im Ost-PEN 80 Namen überschritten.³² Die DDR-Fraktion im West-PEN war stärker als vermutet und sichtbar.

Die Mitgliederversammlung in Heidelberg im Mai 1996 endete in einem Chaos. Es war nicht einmal klar, über welche Formulierung abgestimmt wurde. „Den Menschen der Feder gelang es, diese an und für sich klare Alternative so verquast zu formulieren, daß sich einige der wildesten Vereinigungsgegner zum Austritt entschlossen“. Der Generalsekretär Manfred Schlösser resignierte, und zu einem späteren Zeitpunkt folgte ihm auch ein Vizepräsident, ausgerechnet der Exiliraner Said, der zuständig für das „Writer-in-Prison“-Komitee war.³³

Manfred Schlösser versuchte noch einmal, die Wende von Mainz zu retten, indem er an die Sachfragen erinnerte, die vom PEN dringend zu lösen seien. Dazu gehöre ein Eindämmen der zunehmenden Kommerzialisierung des Literaturbetriebes, die denunziatorische Nutzung der Literatur, stärkere Zusammenarbeit mit ausländischen Literaturproduzenten. Dabei erinnerte er an die Rede von Hofmannsthal: „Vom Schrifttum als geistigem Raum der Nation“. Dieser Raum sei aber nach Nicolaus Sombart verödet, voller Heuchelei und Selbstbetrug.³⁴ Eine solch vernichtende Qualifizierung müsse eigentlich die Schriftsteller aufschrecken und von den internen Querelen hin zur Aufmerksamkeit für ihre eigentlichen Aufgaben führen. Aber nicht doch, wenn es um anderes, Handfesteres geht.

³¹ Maja E. Gwalter: „Einheit ohne Einigung?“. Neue Züricher Zeitung, 23.1.1996

³² „Zehn ostdeutsche Autoren wollen zum West-PEN“. Frankfurter Rundschau, 20.3.1996

³³ Elisabeth Endres: „Wie lange noch, du PEN-Zentrum?“. Süddeutsche Zeitung, 11.9.1996

³⁴ Manfred Schlösser: „Keine Berufsdiplomaten“. Tagesspiegel, 24.6.1996

Noch auf der Buchmesse im Oktober hatte die Präsidentin Ingrid Bachér erklärt, sie sehe keinen Grund für einen Rücktritt, auch nach dem klaren Votum der schriftlichen Mitgliederbefragung, mit dem der Beschluß von Mainz 1995 gekippt wurde. Und dann doch der Rücktritt wegen einer scheinbaren Einzelheit, dem Streit über die Art der Besetzung der zu berufenden Vereinigungskommission. Wenn da auch Mitglieder berufen würden, die Doppelmitgliedschaft hätten, dann ergäbe das eine Unausgewogenheit zugunsten des Ost-PEN.³⁵

Helmut Schmitz hatte in der Frankfurter Rundschau geschrieben, daß vom westdeutschen PEN „fast nur noch interne Querelen der kindischsten Art nach draußen dringen und dessen Ansehen in der Öffentlichkeit sich dem Nullpunkt nähert“.³⁶ Das ließ sich noch steigern - siehe die anschließende Querele um den Ort der außerordentlichen Mitgliederversammlung, auf der ein neuer Vorstand zu finden war. Frau Bachér hatte Berlin vorgeschlagen, weil dort besonders viele Mitglieder der beiden PEN-Clubs leben. Dem widersprach Johano Strasser. Es bestehe die Gefahr, daß in Berlin, der Hochburg der Vereinigungsgegner, das Ergebnis der Urabstimmung umgekehrt wird.³⁷ Taktische Spiele wie hier über den Ort der Mitgliederversammlung sind aus der Studentenpolitik seit 1968 gut bekannt.

Daß die Öffentlichkeit angesichts solcher Spiele nicht nur für die Hochschulen das Interesse verloren hat, sondern inzwischen auch für den PEN, erweist sich als Vorteil für Stasi-Belastete. Die Veröffentlichung von Joachim Walther, nach der auch Erwin Strittmatter Stasi-Spitzel war, hat kaum noch Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gefunden.³⁸ Schlaumeiereien aus der Studentenpolitik dürften dem PEN-West den Rest geben, egal wo die außerordentliche Mitgliederversammlung stattfindet.

Zu überlegen wäre noch, schrieb PEN-Mitglied Gerd Hoffmann, ob Teilnehmer an der außerordentlichen Mitgliederversammlung nicht bis zu fünf oder sieben Vollmachten anderer Mitglieder schriftlich einreichen dürften, als Vollmacht an einen, der tatsächlich anwesend ist. Das hat Hoffmann tatsächlich ernst gemeint! Der Brief zeigt, daß Tricks der 68er Studentenpolitiker gar nicht mehr als abwegig empfunden werden.

³⁵ „Verfahren“ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.10.1996

³⁶ Helmut Schmitz: „Morgengabe im Abendlicht“. Frankfurter Rundschau, 15.10.1996

³⁷ „Kleinliche Sieger“. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.10.1996

³⁸ Elke Schmitter: „Asche zu Staub“. Die Zeit, 27.9.1996

Inzwischen haben sich PEN West und PEN Ost kollektiv verschmolzen. Wie im bürokratisierten Kommunismus die Parteimarxisten halten die DDR Freunde beim Tricksen den längeren Atem.

„Der deutsche PEN ist, soviel haben sie erreicht, nur noch eine Aktennotiz. Ablage“, schrieb Elke Schmitter schon damals in der Zeit.³⁹

IV. Was lernen wir daraus?

Das sind die real existierenden Literaten: Deren Funktionäre sind nicht angeödet durch die Vereinsmeierei des PEN über Jahre hinweg. Waren Sie als Leser empört über das Wortverdrehen, mit dem Frau Schimmel zu einer Befürworterin des Mordens gemacht werden sollte? Haben Sie sich aufgeregt über das kaltblütige Lügen von Hermlin, der für seine Imagepflege lebenserhaltende Notwehr geltend macht?

Gerade wenn diese drei hier vorgetragenen Fälle genauer angeschaut werden, werden sie in ihrer Banalität deutlich und als Lehrstücke geeignet. An jeder dieser Geschichten werden jeweils Aspekte unseres Literaturentums und darüber hinaus des öffentlichen Lebens hier und heute deutlich:

- Am Fall Hermlin ist die Selbstgerechtigkeit ebenso eklatant wie die Bereitschaft zum Flunkern, wenn es gut für das eigene Image ist. Noch viel wichtiger ist die bedingungslose Bereitschaft von Genossen, dem Ertappten beizustehen. Solche Schutzfunktion hält auch die Mafia zusammen. „Right or wrong my Genosse“ ist bei uns zu der
- Am Fall Schimmel wird einmal die für die Literaten ja besonders bemerkenswerte Freizügigkeit sichtbar, mit der dem Opfer Ansichten unterschoben werden, die es mit aller Wahrscheinlichkeit gar nicht hat. Absichtsvolle Mißdeutungen zum Zwecke der publizistischen Hinrichtung.

Gleichzeitig wird an diesem Fall wie an vielen anderen ein Rudelprinzip beim Jagen erkennbar: Auf Auslöserreize hin, die einige Leitwölfe wie Jürgen Habermas oder Walter Jens oder Freimut Dove geben, stürmt die Meute auf das bezeichnete Opfer. So war es auch bei Ernst Nolte und so ist es bei Martin Walser.

³⁹ *ibid.*

- Am Niedergang des West-PEN fällt die Arglosigkeit derjenigen auf, denen die Praxis der linken Subversion fehlt. Institutionen werden in dieser linken Subkultur von innen zerstört, Macht wird errungen durch Bürokratisierung der Abläufe. Eine erhebliche Minderheit einer ganzen Generation wird seit 1968 in diese Machttechniken an unseren krank-reformierten Universitäten eingeübt. Daß dies zur Banalisierung von Abläufen beiträgt, ist ein wichtiger Teil der Wirksamkeit dieser Maulwürfe.

In unserer Zeit werden solche Jagden auch von Literaten über elektronische Medien inszeniert. Hingerichtet wird nicht durch Bücher oder, wenn durch diese überhaupt, dann weil sie in den elektronischen Medien freundlich und im Sinne des Rudeljournalismus allgegenwärtig verkürzt werden - verkürzt und auf einen Punkt gebracht. So böseartig banal wie in diesen drei bewußt in ihrer Banalität vorgestellten Fällen geht es nun einmal heute im Literaturbetrieb dann zu, wenn er zur Arena für Machterringen und Machterhalt instrumentalisiert wird.

V. Die Literatur als Spiegel der Gesellschaft?

Die Ärzte spiegeln nicht die Gesellschaft, auch nicht die Steuerberater, auch nicht die Konzertmusiker. Warum sollten es die Literaten? Doch spiegelt sich in ihnen auch Gesellschaft, drückt sich in allen diesen vielen Teilbereichen aus, in die hin sich das Sozialsystem ausdifferenziert hat, was leitmotivisch kennzeichnend ist.

Die Kunst war immer cliquenhaft, Sezessionen erklärten ihre vormalige Muttergesellschaften für uneinsichtig-antiquiert, und auch Verleumdungen waren Teil desjenigen Literaturbetriebes, dessen Bühne das literarische Café war. Im Guten, nämlich im Eintreten für eine gerechte Sache wie bei Zola im Falle Dreyfus wie auch im Bösen wie die Beschützung eines Hermann Kant durch Walter Jens, waren die Literaten zwar ihrerseits auf Toleranz in der Gesellschaft angewiesen, selbst aber oft von erheblicher Unduldsamkeit.

Ob sich das gesteigert hat oder gemindert, kann hier nicht diagnostiziert werden, weil dazu der systematische Maßstab nicht verfügbar ist - falls er denn überhaupt erarbeitet werden könnte. Aber die Form der Intoleranz und die Front, die dagegen zu machen ist, gilt es für heute zu bestimmen. Im Verständnis der Leitwölfe und der ihnen folgenden Rudel geht es bei Auseinandersetzungen im Selbstverständnis um einen manichäischen Kampf für das Gute und

gegen das Böse. Was gut und böse ist, ist dabei inzwischen von äußerster Banalität - im Fall der Querelen des PEN soll manipulativ eine Vorherrschaft der DDR-Freunde bewirkt werden: Die 68er des Westens und die aufgeklärten Stalinisten des untergegangenen SED-Regimes, PDS und Links-Grüne aus der Bundesrepublik schmieden ein Bündnis. Das soll bis in die große Politik durchschlagen, und diese Hoffnung hat auch einen Theoretiker: Er heißt Gramsci.

Gramsci wird inzwischen mit seiner Botschaft von Kulturlinken in der Bundesrepublik wiederentdeckt. Peter Glotz empfahl einmal früher, von ihm zu lernen, und Freimut Duve darf man auch in diese Perspektive mit einreihen. Vorherrschaft in der Gesellschaft wird errungen durch Eroberung des Luftraumes über den Niederungen des alltäglichen Lebens. Dominanz wird erreicht, indem kontrollierbar wird, was im Bereich der Kultur legitimerweise gesagt werden darf.

VI. Herrschaft durch Kulturinstitutionen

Inzwischen geht es schon längst nicht mehr um Kulturkritik als Protest gegen die bürgerliche Gesellschaft, sondern vorrangig um Herrschaft in Institutionen. Der „lange Marsch durch die Institutionen“ führt Hilmar Hoffmann an die Spitze des Goethe-Instituts oder Claus Leggewie auf eine vom deutschen Steuerzahler bezahlte Max-Weber-Gastprofessor in New York (Leggewie würde es übrigens als arge Beschimpfung werten, würde ihm eine intellektuelle Nähe zu Max Weber nachgesagt). Ob es sich um öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten oder Institutionen der politischen Bildung handelt: Die Bundesrepublik wird kulturell von Nachfahren der Studentenbewegung dominiert, inzwischen ergänzt durch DDR-Freunde von beiden Seiten der ehemaligen Grenzen.

Nun ist dies nicht etwa nur dem Unterwanderungsgeschick und der Hingabe an die Techniken des Machtkampfes in Institutionen bei den Kulturlinken zuzuschreiben. Es war auch Folge einer Politik der Förderung, mit der sich ein Teil unseres politischen Establishments die lästigen Störenfriede vom Halse schaffen wollte. Überließ man die Kultur diesen Wiedertäufern, dann würde wohl Politik, bei der es richtig um Sache geht, von den lästigen Störenfriedern nicht mehr beeinträchtigt. Gute Posten wie die Leitung kultureller Einrichtungen führten zu gutem Leben, und gutes Leben korrumpierte - war die Meinung bürgerlicher Förderer von linken Kritikern. Bundeskanzler Kohl wird nachgesagt, daß er es als weise ansieht, einen Kulturlinken nicht zu bekämpfen, sondern hinauf zu Kultureinrichtungen hin zu befördern. Die deutsche Presse ist für diese Denkweise anschaulich: der Wirtschaftsteil ist rechts, der politische Teil halbwegs ausgewogen und das Feuilleton links.

Die bürgerlichen Förderer antibürgerlicher Kulturlinker unterliegen zwei Irrtümern:

- Irrtum Nummer 1: Der einmal Beförderte steht unter fortwährendem Gesinnungsdruck und mag zwar längst nicht mehr das glauben, was er öffentlich verkündet, muß aber dies öffentlich weiter propagieren, wenn er nicht eine Meute auf sich ziehen will.
- Irrtum Nummer 2: Es bleibt ja nicht bei der Beförderung zum Wohlleben für einen verdienten Kulturlinken, sondern mit diesem Linken wird auch ein ganzes Netzwerk befördert. Ämterpatronage, Füttern der Klientel mit interessanten Aufträgen - das wird von Linken mindestens genauso erwartet, wie das in konservativen Kreisen üblich war.

Wie der Machtkampf zur flächendeckenden Kontrolle des kulturellen Luft- raums geführt wird, das wurde beispielhaft an einer Hetzsendung der Reihe Report vom 29.10.1996 deutlich: Die erschreckende Überschrift lautet: „Rechtsextreme terrorisieren Andersdenkende“. Als zentrale Figur in der konspirativen Vernetzung verstreuter rechter Gruppen wird Hans-Helmuth Knütter, emeritierter Professor für Politikwissenschaften der Universität Bonn geoutet. Knütter leitete Fachtagungen für die Konrad-Adenauer-Stiftung und war Mitglied des Beirates der Bundeszentrale für politische Bildung. Zweifelsfrei hat er durch diese Positionen einen Einfluß auf die Verteilung von Mitteln und Stellen, der eigentlich nur ganz Linken zukommen sollte.

Was hatte Knütter getan? Er hat einmal bei einer Burschenschaft gesprochen, die auch rechte Redner einlädt. Ein Knütter-Mitarbeiter schrieb an eine Zeitschrift der „rechten Psychosekte“ VPM, wie sie irreführend vom Autor mit dem Pseudonym „Anton Maegerle“ genannt wird. Und vor allem hat Knütter auf einem Treffen des BKKD - hinter dieser vom Autor genutzten Abkürzung steht das „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ - dazu aufgerufen, daß die Gruppen auf der rechten Seite ihre Zersplitterung überwinden sollten. Warum sollte man nicht auf einem Treffen des BKKD sprechen dürfen, dessen Kern der „Bund Freier Bürger“ und der CSU-Sprößling DSU sind? Und doch wird das zum Anlaß einer Kampagne - zum einzig belegbaren.

Es ist die Vision, daß sich die rechten Sektierer-Grüppchen irgendwann einmal einigen könnten, welche die Autoren von Report umtreibt. Knütter hat da gesprochen - mehr nicht. Flugs wird er dazu gerechnet. Guilt by Association heißt diese Technik der Verleumdung in der Propagandaforschung. Nachdem die Kulturlinke wichtige Positionen in gewichtigen Institutionen erreicht hat, weiß

der Nachwuchs, daß für das Apportieren von Fällen Belohnungen erwartet werden dürfen. Die Zuchterfahrungen lehren uns, daß dann auch apportiert wird.

Es wird in dem Agitprop-Stück immer wieder die Vokabel „rechtsextremistisch“ im Zusammenhang mit dem Versuch der Vernetzung rechter Grüppchen benutzt, um ein anti-linksextremistisches Wirken von Knütter zu diffamieren.⁴⁰ Legal wird auf der Linken vernetzt, wie in der PDS gewaltbereite Linksextremisten um die Dame Marquardt bis hin zur *imitatio luxemburgensis* von Wagenknecht. Nach dem Bericht des Innenministers in NRW gibt es wesentlich mehr linksextremistische Straftaten mit übrigens steigender Tendenz als rechtsextremistische mit übrigens sinkender Tendenz.⁴¹ Zudem: Rechts ist nicht rechtsextremistisch - eher schon links als Abschirmung von linksextremistisch.

Ängste können in dieser Agitprop-Tradition nur wirksam transportiert werden, wenn sie an Personen festgemacht sind. Der Kampf um Herrschaft von Sozialisten hat den Sozialismus bei weitem überlebt. Für die Wirksamkeit spricht die Sprachkontrolle, die linken Kulturkritikern mit „Political Correctness“ gelungen ist. Als Lehrsatz sei vorgeschlagen: Erst wenn eine Ideologie intellektuell ausgebrannt ist, kann sie in der Fläche wirken.

VII. Political Correctness

Political Correctness ist nicht nur eine besondere Form der Intoleranz, die aus dem protestantischen Freikirchentum Amerikas zu uns herübergeschwappt ist. Dort ist sie im Milieu, das bei uns auf dem materiellen Niveau des Wohllebens grüne Frauen produziert hat, auf den Begriff gebracht worden. Von dem Personal, dem es vor der platten Nützlichkeit unserer Gesellschaft ekeht, die es zuläßt, daß normale Sterbliche ähnlichen Dingen nachgehen wie die zur kulturellen Führung Berufenen. Was dann eine Art von Abscheu auslöst, die unter anderem Pierre Bourdieu literarisch formuliert.

Daß der Kampf um den Luftraum der Gesellschaft links sein soll, mag zunächst verwundern. Eh und je wird Kulturkritik von Topoi beherrscht, bei denen die

⁴⁰ REPORT-Bericht: „Journalist unter Polizeischutz - Rechtsextreme terrorisieren Andersdenkende“. ARD/28.10.96/21.00/wi - Fernseh-/Hörfunkspiegel Inland I - Report - Auszug

⁴¹ So bereits Innenminister Kniola, aber auch 1998 sein Nachfolger Helmuth von der Gathen: „Verfassungsschutz: Politische Gewalt extrem angestiegen“. Bild, 31.10.1996

Lebensweise der Mehrheit als Unwert erscheint, und das ist doch wohl rechts, ja reaktionär. Und doch ist es heute insofern links, als hier ein zentraler Maßstab unserer westlichen Gesellschaft abgewertet wird. Diese Gesellschaften sind Wirtschaftsgesellschaften, in denen die Wirtschaft als Grundlage für das Florieren anderer Bereiche verstanden wird - was eben Bourdieu besonders erzürnt. Gleichgewichtig ist das Verständnis, daß Wirtschaft, Wissenschaft, Sport und auch die Kultur am besten gedeihen, wenn sie ihrer jeweiligen Eigendynamik überlassen bleiben.

Gerade dies wird durch die gegenwärtige Kulturlinke zentral in Frage gestellt. Es soll wieder einen Leitbereich der Gesellschaft geben, ein Bereich, nach dessen Maßstäben alle anderen Bereiche und Verläufe gewertet werden. Das ist eine Politik, die sich als Verwirklichung kultureller Werte versteht. Letzteres heißt aber nicht etwa „kulturell“ im vertrauten Sinn, sondern meint politische Festlegung.

Aber Festlegung auf was? Nach Habermas und anderen ist das nach wie vor die säkulare Religion des Progressivismus, die sich als Aufklärung durch Kultur tarnt. Als säkularisierte Religion ist sie durch Eigendynamik so intolerant, wie dies etablierte Religionen waren.

Wenn jetzt und hier als notwendig betont wird, für Toleranz zu kämpfen, dann nicht, weil Schriftsteller als Berufsstand besonders tolerante Menschen wären. Es wurde ja schon darauf verwiesen, daß das eine angenehme Meinung, aber doch Selbsttäuschung ist. Wenn hier zur Toleranz aufgefordert wird, dann deshalb, weil Literatur und darüber hinaus Kultur nicht gedeihen, wenn sie in den Dienst einer Ideologie gestellt wird, zumal einer solch verquastenen und wirren Ideologie wie die des Kulturprogressivismus. Political Correctness und literarische Qualität sind unvereinbar. Political Correctness ist für Literatur noch unerträglicher, als es das ohnehin in der Gesellschaft allgemein ist.

Der Zwang geht heute bis zu Verordnungen des Sprachgebrauchs. Es gab einmal eine Zeit, da hieß in Amerika ein Neger Neger. Diese selbst zogen dann die Bezeichnung Schwarze vor, weil Neger zu ähnlich dem Schimpfwort Nigger war. Dann aber verordnete Political Correctness die Sprachbezeichnung Afro-Americans. Inzwischen darf man auch nicht mehr Indianer sagen. Wer nicht weiß, daß die „korrekte“ Bezeichnung Native-Americans ist, outet sich damit als Rassist. Auf die Bundesrepublik übertragen ist es rassismusverdächtig, wer Zigeuner Zigeuner nennt. Die sprachlich anständige Bezeichnung soll das sachlich unangemessene Wortpaar Sinti und Roma sein - obwohl sich Sinti und

Roma als Kollektivbezeichnung nicht eignen, weil damit nur zwei von mehreren Stämmen der Zigeuner benannt werden.

Wenn Sie nicht einmal in Ihrer Wortwahl mehr frei sind, sondern sich selbst dort der Inquisition des Rudeljagens über Medien beugen müssen, ja, im vorseilenden Gehorsam das eigene Beugen schon gar nicht mehr bemerken, dann ist es schlimm um die Unbefangenheit bestellt, die zur Kreativität erforderlich ist.

Der Zeitpunkt ist überfällig, die Rudeljagden zu verbellen. Und als Machtanspruch zu entlarven, was sich als Multikulti-Ideologie des Kultur-Progressivismus tarnt.